



EDITORIAL

JA zur «Wirtschaftsinitiative»



Daniel Sägesser
Co-Präsident NWA Schweiz
Solar-Fachmann

Liebe NWA-Mitglieder,
liebe Gönnerinnen und
Gönner, Leserinnen und
Leser

Noch nie war der Zeitpunkt für eine Atomabstimmung besser. Neben den Sicherheits-technischen Defiziten der lebensfeindlichen Atom-Technologie, springt uns an diesen Tagen auch deren wirtschaftliche Realität förmlich ins Gesicht:

Selbst bei störungsfreiem Betrieb schreiben die Werke Jahr für Jahr Verluste von über 500 Mio. CHF. Dazu kommen die Verluste der mittlerweile regelmässigen, pannenbedingten Produktionsausfälle. Die Energiewirtschaft verbrennt also mit jedem Tag des Weiterbetriebs sehr viel Geld, statt es sinnvoll in die Zukunft zu investieren.

Würde das Geld statt in AKW-Verluste in die Förderung von inländischen Solar-Anlagen fliessen, wären im Jahr 2029 sämtliche Schweizer AKW durch Solaranlagen ersetzt.

Die Förderung würde ferner zusätzlich rund 26 Milliarden Franken an Privatinvestitionen auslösen, welche primär lokalen KMU und Handwerkern wie Elektrikern, Dachdeckern, Baustoffzulieferern zufließen. Schon nur die Planung und Installation dieser Anlagen würde über 12'000 Arbeitsplätze schaffen.

Fazit: Gerade weil die Atomausstiegsinitiative nicht nur die Abschaltung der AKW vorschreibt, sondern auch, dass diese durch Energieeffizienz und neue Erneuerbare Energien ersetzt werden müssen, ist es nicht «bloss» eine grüne Atom-Initiative, sondern vor allem auch eine Wirtschaftsinitiative.

Deshalb:

Ja zur Atomausstiegsinitiative am 27. November 2016

Liebe Grüsse

Daniel Sägesser



Der neue Geschäftsführer Christoph Arndt mit Sohn Linus

VIER FRAGEN AN CHRISTOPH ARNDT

«Fukushima ist ein Zeichen»

Wende-Blatt: Christoph, du kommst aus der IT-Branche, also aus der Informationstechnik. Nun bist du ab sofort Geschäftsführer von NWA und TRAS. Wie passt das zusammen?

Christoph Arndt: Gute Frage. Ursprünglich habe ich Wirtschaftsinformatik studiert. Durch die Komponenten Betriebswirtschaftslehre und Informatik hatte ich bereits ein gutes und eher weiträumiges Fundament. Dieses konnte ich über die Jahre immer weiter ausbauen. Hinzu kommt mein privates Engagement im Bereich Umweltschutz, welches unter anderem durch die Freiwilligenarbeit bei Greenpeace geprägt ist.

Was mich persönlich am meisten beschäftigt, ist die Atomenergie und die Gefahr, welche von ihr ausgeht. Deshalb habe ich angefangen, mich aktiv für die Abschaltung von Atomkraftwerken einzusetzen. So kam dann eins zum anderen.

In welchem Umfeld lebst du?

Ich lebe zusammen mit meiner Frau und meinem Sohn in Basel. Neben meiner Familie und dem Umweltschutz beschäftige ich mich gerne mit elektronischer Musik, vorzugsweise auch mit Schallplatten. Ausserdem reisen wir gerne mit dem Zug durch die Schweiz, geniessen die Natur und wandern.

Nur eins ist sicher: Abschalten

Ich liebe gutes Essen. Mittlerweile versuche ich, mich hauptsächlich vegan zu ernähren, was ab und zu am Chäsfondue scheitert :-)

Was bedeutet Fukushima für dich?

Fukushima ist für mich eine der grössten Katastrophen, die wir Menschen verursacht haben. Ich erinnere mich gut an diesen Tag. Ich habe mir Sorgen um gute Freunde gemacht, welche sich an damals in der Nähe

von Tokio aufhielten. Anfänglich ängstigte ich mich «nur» wegen des Tsunamis ... wie wir alle wissen, war dies nicht die einzige schlimme Nachricht des Tages.

Fukushima ist für mich ein Zeichen. Ein Zeichen dafür, dass wir alles daran setzen müssen, unsere Erde und somit unseren Lebensraum, unsere Umwelt, unsere wunderbare Natur, unsere Kinder und viele Generationen danach vor einem solchen Unfall zu schützen. Nur eins ist sicher: Abschalten!

Was bedeutet Kaiseraugst für dich?

Kaiseraugst ist für mich ein gutes Beispiel. Ein Beispiel dafür, dass wir unser Ziel einer nachhaltigen und erneuerbaren Zukunft erreichen können, wenn wir gemeinsam dafür einstehen. Nun haben wir die Chance, zu Ende zu bringen, was unsere Eltern begonnen haben.

Deswegen am 27. November:

JA zum geordneten Atomausstieg.

IN KÜRZE

Fukushima-GAU noch viel schlimmer

Die Folgekosten der Atomkatastrophe von Fukushima werden sich laut japanischer Regierung in den nächsten Jahren vervielfachen. Während derzeit im Jahr umgerechnet etwa 750 Millionen Franken dafür aufgerechnet werden, würden die Kosten künftig auf mehrere Milliarden Franken pro Jahr ansteigen, sagt Industrieminister Seko.

Mit dem Abriss und der Entsorgung der Reaktoren wurde noch nicht begonnen. Noch fliesst radioaktives Abwasser aus. Der Abriss wird über 40 Jahre dauern.

Fessenheim und kein Ende mit dem Ende

Vor Jahren wurde die Stilllegung des AKW Fessenheim auf 2016 versprochen. Die definitive Abschaltung verzögert sich. (Wen überrascht das?)

Trotzdem steht Fessenheim zurzeit still. Reaktor 2 wurde bereits im Juni abgeschaltet, weil ihm die Atomaufsicht das Prüfsertifikat entzog. Seit Mitte Oktober ruht auch Reaktor 1. Die Funktionstüchtigkeit mehrerer Dampferzeuger muss kontrolliert werden. Grund der Überprüfung sind Unregelmässigkeiten im Kühlbereich.



**am 27. November zum
geordneten Atomausstieg
bis 2029**

geordneter-atomausstieg-ja.ch

Abkürzungen in dieser Ausgabe

BKW = Bernische Kraftwerke
ENSI = Eidgen. Nuklearsicherheitsinspektorat
GAU = Grösster anzunehmender Unfall
KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

MK = Medienkonferenz
TRAS = Trinationaler Atomschutzverband
UVEK = Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

NWA Schweiz

www.niewiederakw.ch



NWA Schweiz reicht Beschwerde gegen SVP-Lügen ein



Albert Röstinoccio, Schweizerische Voll-Pinoccios

Die SVP Schweiz hat am 7. Oktober 2016 bekanntgegeben, dass sie das Referendum gegen die neue Energiestrategie 2050 ergreife, konkret gegen das Energiegesetz.

Albert Rösti hat dabei ein Argumentarium vorgestellt, das aus Lügen und falschen Zahlen besteht. Es enthält fünf glatte Lügen und zwei Zahlen zu den Kosten, die um den Faktor 100 zu gross sind.

Frei erfundene Behauptungen, die in der aktuellen Vorlage zur Energiestrategie 2050 gar nicht vorkommen, sind:

- 1) «Ölheizungen werden ab 2029 verboten»
- 2) «Heizöl wird um 67 Rp/l teurer»

- 3) «Verdoppelung der Heizölpreise»
- 4) «Benzin wird 26 Rp/l teurer»
- 5) «Mit dem Energiegesetz kann der Stromproduzent jedem Haushalt vorschreiben, wann er wie viel Strom verbrauchen darf.»

Falsche Zahlen sind:

- 6) «Kosten dieses Wahnsinnsprojektes von 200 Milliarden Franken.» Real sind es 2 Milliarden in 5 Jahren, hundertmal weniger.
- 7) «Mehrkosten von 3'200 Franken pro Familie.» Real sind es 30.80 Franken bis 41.60 Franken pro Familie, hundertmal weniger.
- 8) «Strom wird 3 Rp/kWh teurer.» Real wird er während 5 Jahren um 0,8 Rp/kWh teurer.

Die Demokratie lebt von der Diskussion über Fakten. Logischerweise kann man un-

terschiedlicher Meinung sein. Das Verbreiten von Lügen gehört nicht dazu.

Der Verein Nie wieder AKW NWA Schweiz hat daher eine Beschwerde bei der Lauterkeitskommission eingereicht, in der wir sie bitten zu prüfen, ob unsere Vorbringen korrekt sind, und die SVP Schweiz zu ermahnen, ein neues korrektes Argumentarium für ihr Referendum zu verwenden.

Die Lösung der Probleme ist so einfach:

Der weinende Knabe auf dem SVP-Plakat kann einfach zwei Nullen der behaupteten 3'200 Franken Mehrkosten streichen, und mit den gewonnenen 3'168 Franken fröhlich in die Ferien fahren!

NWA Aargau

www.nwa-ag.ch



Wer legte bisher die Atomkraftwerke weltweit still?

Solange sicher? Restrisiko: 1 zu 1 Million? 1:10'000 pro Jahr? 1:13? Oder doch eher 1:5?

Die Allgemeinheit vertraut fälschlicherweise darauf, dass die Sicherheitsbehörden ein AKW endgültig stilllegen, wenn es nicht mehr sicher ist. Uns ist jedoch weltweit kein einziges Atomkraftwerk bekannt, das durch eine Sicherheitsbehörde geschlossen wurde. Laut IAEA wurden aber weltweit 12 AKW durch einen Unfall stillgelegt, zum Teil mit verheerenden Folgen! (siehe Grafik) Mindestens 12 Mal waren die Berechnungen der Sicherheitsbehörden und der Atomkraftwerksbetreiber falsch!

Das Restrisiko ist also nicht 1 zu 1 Million, sondern rund 1:13! Das ist die brutale Realität!

Das Restrisiko in der Schweiz ist 1:5!

In der Schweiz wurde noch kein Atomkraftwerk und auch kein Versuchs- oder Forschungsreaktor durch die Sicherheitsbehörden endgültig stillgelegt, aber das AKW Lucens durch einen Unfall.

Wir wissen es: Das ENSI ist seit vielen Jahren am Rechnen, ob ein Erdbeben, Flugzeugabsturz oder ein Hochwasser einen Super-GAU bei Beznau auslösen könnte. Derweil läuft Beznau 2 gemütlich weiter, wie wenn nichts

wäre. Dies ist an und für sich schon Skandal genug. Zum Glück steht jetzt Beznau 1 wegen der 925 «Unregelmässigkeiten» im Stahlmantel des Reaktordruckbehälters still. Trotzdem verkündet die Axpo, dass Beznau 1 noch bis 2030 sicher zu betreiben sei, und will es Anfang 2017 wieder in Betrieb nehmen. Die Probleme im Stahlmantel und die 30 Schwachstellen, welche Dipl. Ing. Dieter Majer, ehemaliger Präsident der Deutschen Sicherheitsbehörde, in seiner Studie «Risiko Altreaktoren Schweiz» aufzeigt, werden ignoriert. Herr Majer kommt zum Schluss: «Insbesondere die Anlagen in Mühleberg und Beznau sollten wegen der in dieser Studie sichtbar gewordenen Sicherheitsdefizite unverzüglich abgeschaltet werden.»

Thomas Jochim aus Engen, Deutschland und die Autorin haben deshalb einen Offenen Brief, der von 2442 besorgten BürgerInnen unterschrieben wurde, dem ENSI und der Axpo überreicht, mit der Bitte, Beznau 1 aus oben erwähnten Gründen nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Das Risiko ist zu gross. Doch wir bezweifeln sehr, dass das ENSI handeln wird.

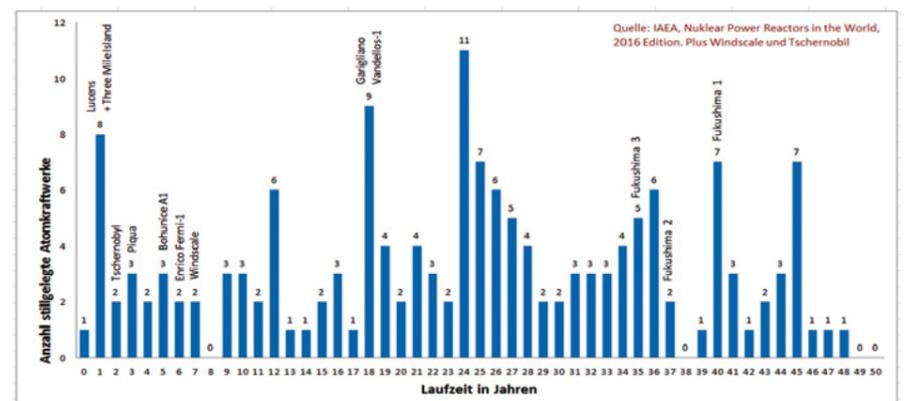
Wir, das Volk, müssen die AKW stilllegen, bevor ein Unfall passiert! Rufen Sie, liebe LeserInnen, alle Menschen auf, am 27. Nov. an die Urne zu gehen und sich für einen ge-

ordneten Atomausstieg einzusetzen. Atomkraftwerke wurden für eine Laufzeit von 30 Jahren gebaut. Weltweit aber wurden sie im Durchschnitt bereits nach 24 Jahren stillgelegt. 45 Jahre Laufzeit sind genug! Wir haben bessere Lösungen: Erneuerbare Energien. Es wurden so viele Projekte bei der KEV eingereicht, dass wir schon längst die drei hochgefährlichen, veralteten Atomkraftwerke hätten ersetzen können. Ich habe ausgerechnet, dass dadurch meine Stromrechnung nur um

Fr. 1.95 pro Monat gestiegen wäre. Wir wollen unseren Nachkommen Strom liefernde Dächer, Windräder und Biogasanlagen vererben und nicht noch mehr hochgefährlichen Atom-müll oder gar eine tödlich verstrahlte Heimat. Erneuerbare Energie ist die kostengünstigere, gesündere und einfachere Lösung, schafft Arbeitsplätze in der Region und macht uns unabhängiger vom Ausland.

Ja zum geordneten Atomausstieg!

Iris Frei



Weltweit wurden laut IAEA bereits 157 Atomkraftwerke endgültig stillgelegt. In der Statistik der IAEA fehlen Windscale und Tschernobyl. Hier sind sie dabei. • Mindestens 12 Atomkraftwerke wurden durch einen Unfall stillgelegt (benannte Reaktoren). • Kein einziges Atomkraftwerk wurde durch eine Sicherheitsbehörde stillgelegt. • Atomkraftwerke wurden für eine Laufzeit von 30 Jahren gebaut, durchschnittlich aber schon nach 24 Jahren stillgelegt. • Nur 3 Atomkraftwerke liefen länger als 45 Jahre.

NWA Bern

www.nwa-bern.ch



Kleine Notlügen um Mühleberg

Einen Herrn vom BKW-Kader hatte ich zwei Monate vor der Abstimmung gefragt, was denn die Position der BKW zur Initiative für einen geordneten Atomausstieg sei?

Er meinte: «Haben wir eine Position? Wir sind ja nicht betroffen von der Initiative. Wenn das UVEK (Departement von Doris Leuthard) eine Stilllegungsverfügung auf Ende 2017 schickt, dann machen wir eine Beschwerde ans UVEK, dann ans Bundesverwaltungsgericht, dann ans Bundesgericht, und schon sind die zwei Jahre vorbei, und wir schalten Ende 2019 ab.»

Umso mehr staunte ich, als BKW-CEO Suzanne bei Doris Leuthard am Tisch der Medienkonferenz des Bundesrates gegen die Ausstiegsinitiative sitzen musste und behauptete, die BKW hätte bei einem Ja Prob-

leme, sie müsste das AKW zwei Jahre lang unbenutzt herumstehen lassen, ein Anblick grässlich und gemein.

Die BKW würde «prüfen», ob sie allenfalls eine Entschädigungsklage einreichen könnte. Durch den Stromverkauf in zwei Jahren würde die BKW brutto fast 200 Millionen Franken lösen. Die Nein-Kampagne machte daraus flugs Milliarden! Mit Milliarden müssten die Steuerzahler bluten!

Shit, wir haben keine Stromlücke mehr? Erfinden wir doch die Netzlücke!

Selbst der treueste Atomanhänger hat gemerkt, dass mit der Stromlücke kein Grosi mehr erschreckt werden kann. Also haben die PR-Strategen schnell die Netzlücke erfunden. Offensichtlich zu schnell.

An der Medienkonferenz am 11. Oktober 2016 sagte Yves Zumwald, CEO der Swissgrid: Beznau 2 könne erst abgeschaltet werden, wenn dort ein neuer 380/220 kV Trafo gebaut werde.

In Wahrheit reicht der schon am 3. Dezember 2015 in Betrieb gegangene 380/220 kV Trafo in Laufenburg. Zudem wird in Beznau im März 2017 noch ein 380/220 kV Trafo ans Netz gehen. War wohl nichts Herr Zumwald.

Ja, aber in Mühleberg fehle sowohl eine 380 kV Leitung Bassecourt-Mühleberg, als auch ein 380/220 kV Trafo! Und beides könne man ganz einfach nicht bis Ende 2017 realisieren! meinte Zumwald.

Diese Aussage ist für uns ein richtiger Jackpot im Lotto:

- **Erstens** schreibt die Swissgrid in ihrer stra-

tegischen Netzplanung vom April 2015, dass man Mühleberg 2019 abschalten könne, und dazu keine neue 380 kV Leitung und keinen neuen 380/220 kV Trafo brauche.

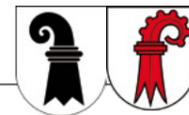
- **Zweitens** besteht seit 1978 eine 380 kV Leitung Bassecourt-Mühleberg, die einfach mit 220 kV betrieben wird, weil es die 380 kV gar nicht braucht. Wenn man die 380 kV bräuchte, könnte man in Bassecourt einfach den Schalter umlegen.

- **Drittens** hat die BKW mit viel Pomp am 23. Mai 2016 ihre neue 380/220 kV Trafostation Mühleberg eingeweiht, damit man bereit ist, falls im Jahr 2025 dann mal ein 380 kV Anschluss kommen würde.

Uiuui, Herr Zumwald, das ging jetzt aber ganz gewaltig in die Hose!

Peter Stutz

NWA Region Basel www.niewiederakw.ch > NWA Region Basel



Verantwortung und Verbindlichkeit

Beharrlich fordern viele Eltern ihre Kinder auf, sich zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Ein Blick auf die Geschichte der Atomkraft in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass hier unsere Generation in Bezug auf die Übernahme von Verantwortung ein schlechtes Vorbild ist:

Nach bald 40 Jahren ist sich eine Mehrheit einig, dass AKW so, wie sie heute in der Schweiz stehen, nicht mehr gebaut werden sollen. Laut National- und Ständerat soll das ENSI entscheiden, ob ein altes bestehendes AKW noch sicher ist, aufgerüstet oder abgestellt werden soll. Hier vertraut man auf die Einschätzung dieser Institution. Wenn diese aber vorschlägt, zusätzliche Bedingungen

für den Langzeitbetrieb ins Gesetz aufzunehmen, wird dies vom gleichen Parlament abgelehnt. Man muss sich nun fragen, was geschieht, wenn das ENSI ein AKW als nicht mehr sicher taxiert. Ist man dann gewillt, sofort zu handeln? Ist dann für die Mehrheit der richtige Zeitpunkt? Wie lange wird es dauern, bis wirklich abgestellt wird? Wer übernimmt die Verantwortung für diese langen Betriebszeiten? Die Verantwortung für die Risiken und die Kosten für den Atommüll überlassen wir den Nachfahren. Verbindlichkeiten unserer Generation? Fehlanzeige!

Übernehmen wir doch wenigstens die Verantwortung für die alten AKW und stellen diese nun geplant ab. Investieren wir für

unsere Kinder und Grosskinder in ein tragfähiges Netz und Erneuerbare Energien.

Vor 30 Jahren – kurz nach Tschernobyl – wurde ich schwanger. Da lange nicht klar war, wie stark gewisse Lebensmittel belastet waren, war ich glücklich, als mein Sohn gesund geboren wurde. Nun werde ich in nächster Zeit Grossmutter und übernehme mit einem Ja für die Atomausstiegsinitiative die Verantwortung für meine zukünftigen Grosskinder. Für den schon produzierten Atommüll und unsere kollektive Unverbindlichkeit entschuldige ich mich bei den kommenden Generationen.



Christine Gorrengourt

Christine Gorrengourt, Landrätin CVP Baselland

NWA Solothurn www.nwa-solothurn.ch



NWA SO mit «Vollgas» in die Erneuerbaren

Bestückt mit einem «Tesla» wird PassantInnen bei Standaktionen der NWA SO die Chance des Atomausstiegs dargelegt: Nicht Verzicht steht an erster Stelle. Smart, intelligent und effizient soll die erneuerbare Energie Komfort und Sicherheit gewährleisten. Ein JA zur Atomausstiegsinitiative am 27. November 2016 ist der Schlüssel zur erfolgreichen Energiewende!

Stolz scharen sich AktivistInnen der NWA SO um das Prestige-Fahrzeug «Tesla», das zum «Hingucker» bei den Standaktionen mutiert.

Wurde in den Vorstandssitzungen noch sorgfältig abgewogen, ob ein derartiges Luxusprodukt dem Abstimmungskampf dienlich sei oder nicht, sind die ersten Erlebnisse klar: Auto-Begeisterte wagen sich hemmungslos an die glänzende Edelkarosse und NWA SO-Vorstandsmitglied Beat Hodel überzeugt mit seinen technischen Fachkenntnissen und legt die Überlegenheit des innovativen Fahrzeuges dar. Kaum einen Atemzug später folgt der

Zusammenhang, weshalb gerade der Schlüssel zu Innovation und Fortschritt beim Ausschalten unserer AKW liegt, damit anschliessend auch die Cleantech-Branche wirklich CO2-neutral auf Hochtouren kommt. Selbst einzelnen deklarierten Gegnern von motorisiertem Individualverkehr kommen plötzlich begeisterte Worte über die Lippen zum Auto, das der Umwelt kaum Schaden zufügen soll.

Der Einsatz des «Tesla» zahlt sich offensichtlich aus. Mit Verzicht sind kaum zusätzliche, notwendige Stimmen zu gewinnen und es wird klar, dass auch wohlstands- und komfortorientierte Menschen auf ihren «Bauch» hören wollen: Es gilt, den kommenden Generationen eine Zukunft zu gönnen, welche gleichwertige Lebensqualität zulässt. Und wenn gar noch mit harten Fakten der Verstand überzeugt werden kann, sind viele zusätzliche Ja-Stimmen am 27. November sicher.

NWA SO ermuntert die Mitglieder zu einem kreativen Abstimmungskampf: An Testimo-

nials (Inserate mit eigenem Bild und Spruch) bezahlt NWA SO Beiträge aus der Vereinskasse. Aber auch zur Teilnahme an Aktionen wird eingeladen und Infos (Newsletter) aus der «Welt des Ausstiegs» geben Einblick in lokale, regionale, nationale und globale Aktionen. Übrigens: Eine NWA-Mitgliedschaft erübrigt sich erst, wenn das letzte AKW vollständig «ausgebremst» ist. Und bis das letzte Material sicher «versorgt» ist, zahlt sich eine Mitgliedschaft spielend aus. Wir rechnen mit deinem Sondereinsatz und Zusatzspenden, damit der millionenschweren Gegenkampagne erfolgreich die Stirn geboten werden kann.

Philipp Hadorn, Präsident & SP-Nationalrat



Oben: «Jetzt ins Zeitalter der erneuerbaren Energien aufbrechen. Ja zur Atomausstiegsinitiative.» NWA-AktivistInnen und Interessierte an der Standaktion in Olten.

Unten: Markus Schär, Franziska Lang, Hans Hunziker, Philipp Hadorn, Felix Wettstein und Beat Hodel (v.l.n.r.) kämpfen mit «Vollgas», damit «unsere Heimat sicherer wird».



Fotos von NWA SO: Caroline Hodel

NWA 55plus

www.niewiederakw.ch > NWA-55plus

Am 27. November 2 x JA in Baselland!

Ausser der Atom-Ausstiegsinitiative wird im Baselbiet noch über das Kantonale Energiegesetz abgestimmt. Auch dieses JA ist wichtig!

Es wird auf kantonaler Ebene für eine Energieabgabe zur Förderung der kantonalen Energiepolitik gebeten. Das Fördergeld soll in Zukunft nicht mehr aus Steuergeldern bezahlt werden, sondern - wie wir schon lange vorschlagen - aus einer Abgabe von den «dreckigen» Energien, wie Öl, Gas etc. Die Förderung der Gebäudesanierungen und der Erneuerbaren Energie soll im Baselbiet von gegenwärtig 5 Mio./Jahr auf 15 Mio. verdreifacht werden – finanziert aus der Abgabe von 0,5 Rp/kWh Öl oder Gas.

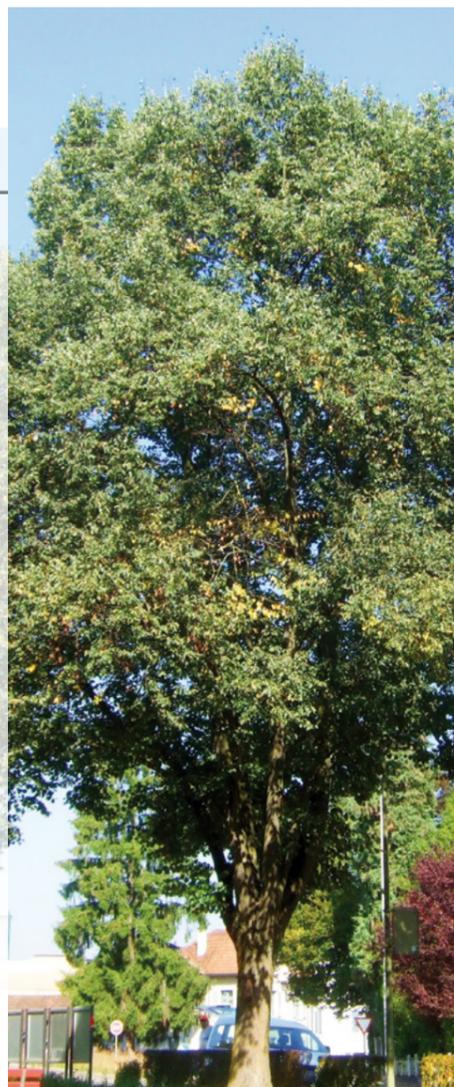
Dieser Schritt ist wieder eine kantonale Pionierleistung in der Schweiz, denn die einzige kantonale Energieabgabe besteht in Baselstadt, jedoch nur via Elektrischem Strom. Baselland will das nun korrekt via CO2-Dreckenergie angehen, was eine gute Sache ist.

Diese Lenkungsabgabe – terminiert bis 2030 – wird von einer breiten Koalition von FDP, CVP und SP/Grünen etc. getragen; einzig die SVP mit der Handelskammer stellen sich dagegen.

Also stimmen Sie unbedingt 2 x JA in BL.

Vor über 40 Jahren sagten die Baselbieter auch schon JA zu einer Energie-Pioniertat, nämlich zur kantonalen Atomschutz-Initiative. Diese wurde vor der Besetzung in Kaiseraugst (1. April 1975) gestartet und mit über 8000 Unterschriften am 26. März 1975 eingereicht. An der Abstimmung vom Mai 1978 wurde diese Initiative mit über 63 % angenommen! Auch später das dazugehörige Energiegesetz mit 77 %-JA! Die Initiative verlangte, dass im Kanton Baselland (ebenso wie in Basel-Stadt):

- Keine Atomkraftwerke und Atom-Müll-lager auf BL-Boden und Umgebung gebaut werden dürfen. Die Regierung muss sich aktiv dafür einsetzen.



- Ein Energiegesetz soll eine sparsame und umweltgerechte Energieversorgung fest-schreiben.

Damals entstand daraus das erste fortschrittliche Energiegesetz – damals eine kantonale Pioniertat! Jetzt kann Baselland im Energiebereich einen weiteren Pionierschritt machen.

Die Baselbieter kennen seit der französischen Revolution im Jahr 1789 den Freiheitsbaum. Später - nach den Weltkriegen - wurde der Lindenbau als Friedenslinde an verschiedenen Orten gepflegt. Diese Tradition nahmen wir bei der Einreichung der Pionier-Initiative am 26. März 1975 wieder auf: wir setzten eine Atomschutz-Linde vor dem Regierungsgebäude in Liestal. Diese Linde wurde dann in das Erzenberg-Parkli in Liestal umgepflanzt, was die wenigsten Leute noch wissen. Das Bild zeigt die Freiheits-Friedens-Atomschutz-Linde in der heutigen Form, prächtig, stolz und gross!

Peter Scholer, Mitinitiant 1974



ZUR SACHE

Die lustigen Behauptungen im Abstimmungsbüchlein

Seite 5: In der Schweiz gibt es fünf Kernkraftwerke. Sie produzieren rund 40 Prozent des Schweizer Stroms.

Sorry Doris, es gibt vier AKW, die Strom produzieren können. Beznau 1 ist vom Netz – für immer. Die Illusion der Wiederinbetriebnahme wird von der Axpo noch bis am 27. November 2016 aufrecht erhalten. Danach wird die Katze aus dem Sack gelassen.

Aktuell produzieren sogar nur drei AKW, und die bringen bloss 52% der Schweizer AKW-Leistung.

Die Schweizer AKW haben 2015 nur 33,5% zur Landesproduktion beigetragen, 2016 werden es weniger als 30% sein. Es fehlt ganzjährig der Reaktor Beznau 1, und vom 2. August 2016 bis in den Frühling 2017 fehlt Leibstadt.

Interessanterweise funktioniert alles, obwohl 48% der Schweizer AKW-Leistung fehlen. Bei einem Ja zum geordneten Atomausstieg müssten Ende 2017 33% der Schweizer AKW-Leistung stillgelegt werden, viel weniger als was heute schon fehlt, weil zwei AKW aus Altersschwäche ausgefallen sind.

Seite 6: Falls nötig, kann das ENSI die sofortige Abschaltung anordnen.

Schön wärs! Das ENSI hätte gewollt, dass es das in Zukunft könnte. Das hat unser rechtes Parlament aber abgelehnt.

Damit kann das ENSI wie bisher ein AKW nicht vorsorglich stilllegen, sondern muss warten, bis es kaputt geht. Muss zuschauen, wie die Risse im Kernmantel immer grösser werden, und wenn die Risse die Ausserbetriebnahmegrenze überschreiten, dann... misst der Betreiber die Risse nicht mehr, und das ENSI nickt. So geschehen in Mühleberg. Auf die im August 2015 vom ENSI verlangten und im Dezember 2015 vom ENSI verfügten

genauen Ultraschallmessungen und ausserordentlichen Messungen der Risse in Mühleberg hat das ENSI im August 2016 spontan verzichtet. Mühlemontagna in Bananaplata.

Seite 7: Bei Annahme der Initiative greift der neue Verfassungsartikel sofort: Drei der fünf KKW müssten 2017 abgeschaltet werden.

Das ist fast der happigste Punkt, weil er so eindeutig falsch ist.

Das Departement von Doris Leuthard, das UVEK, muss den betroffenen AKW-Betreibern eine Sachverfügung schicken. Die Betreiber können diese Verfügung anfechten, zuerst ans UVEK, dann ans Bundesverwaltungsgericht, dann ans Bundesgericht.

Kommt dazu, dass nur zwei kleine alte AKW stillgelegt werden müssten. Beznau 1 ist ja schon ganz still.

Damit kann das ENSI ein AKW nicht vorsorglich stilllegen, sondern muss warten, bis es kaputt geht.

Seite 7: Die Schweiz müsste deshalb bedeutend mehr Strom aus dem Ausland importieren – hauptsächlich aus Deutschland und Frankreich. Dieser stammt unter anderem aus Kohle- und Kernkraftwerken.

Die Schweiz hat 2015 netto 1 TWh Strom exportiert, obwohl ihre AKW wegen Altersschwäche 4,3 TWh weniger als erwartet produziert haben. Hätte es 2015 die ausserordentlichen Ausfälle von Beznau 1, 2 und Leibstadt nicht gegeben, wären 4,3 TWh Atomstrom mehr produziert worden. Bei Normalbetrieb hätten wir 2015 einen Export von 5,3 TWh gehabt.

Wenn man bei einem Export von 5,3 TWh die drei kleinen alten AKW mit 8,5 TWh abschaltet, dann fehlen 3,2 TWh. Da aber 2016 bereits wieder 1 TWh erneuerbare Produktionsanlagen ans Netz gegangen sind, fehlen noch ganze 2,2 TWh. 2017 wird wieder 1 TWh Erneuerbare Produktion ans Netz gehen, dann fehlen Ende 2017 noch 1,2 TWh.

Darum: Ja, wir müssten ab 2018 1,2 TWh mehr Strom importieren als vor der Stilllegung der drei kleinen alten AKW. Das ist ein Fünfunddreissigstel der 42 TWh, die wir sowieso jedes Jahr importieren. Ab 2019 haben wir dann eh keinen zusätzlichen Import mehr, weil wieder 1 TWh inländische erneuerbare Stromproduktion hinzugekommen ist.

Darum: Nein, wir müssten nicht bedeutend mehr Strom importieren.

Nein, es wäre nicht in erster Linie Kohlestrom, sondern genau wie heute in erster Linie erneuerbarer Strom aus Deutschland und Österreich, in zweiter Linie Atomstrom aus Frankreich, und in dritter Linie Kohlestrom aus Deutschland.

Seite 12: Es ist nicht möglich, bereits 2017 genug einheimische erneuerbare Energie zu produzieren. Die Initiative würde die Abhängigkeit vom Ausland erhöhen.

Potzdonner, zum Glück haben wir das alles einen Punkt weiter oben schon widerlegt.

Seite 13: Durch massiv mehr Stromimporte droht zudem eine Überlastung der Schweizer Netzinfrastruktur. Um dies zu vermeiden, müsste die Netzinfrastruktur rasch genug ausgebaut werden können. Die notwendige Verstärkung der Netzinfrastruktur braucht aber Jahre und ist aufwendig und teuer. Die Initiative gefährdet deshalb unsere Versorgungssicherheit.

Daran ist genau überhaupt nichts wahr. Siehe

auch die Geschichte um die widerlegten Behauptungen um Mühleberg auf Seite 2, NWA Bern.

Wie gesagt importieren wir bereits 42 TWh im Jahr, und exportieren 43 TWh im Jahr. Falls nach der Stilllegung von Gösigen 2024 ein paar TWh mehr importiert werden müssten, wäre das eine kaum merkliche Veränderung im Netz. Die Stilllegungen 2017 spürt man sowieso nicht, siehe oben.

Mit einer Begrenzung der Laufzeiten werden die Spielregeln grundlegend geändert. Die Betreiber könnten Investitionen nicht amortisieren, die sie im Vertrauen auf das geltende Recht und gestützt auf die unbefristete Betriebsbewilligung getätigt haben. Es wurden darum bereits Entschädigungsklagen in Milliardenhöhe angekündigt. Sind diese erfolgreich, so müssten der Bund und damit letztlich alle Steuerpflichtigen diese Entschädigungen bezahlen.

Die Eigentümer der AKW sind die Städte und Kantone, also wir, und dann müssten wir uns Entschädigungen zahlen, von der linken Tasche in die rechte Tasche. Im Rechtsgutachten der SP Schweiz von letztem Jahr haben die Rechtsprofessoren bestätigt, dass es ohne Schaden keinen Schadenersatz geben kann.

Die AKW haben einen negativen Wert, Leibstadt hatte bereits 1999 einen Wert von minus 2,4 Milliarden Franken. Anteile an Schweizer AKW sind auch zu stark negativen Preisen nicht verkäuflich. Auch der Betrieb der AKW ist defizitär. Weder die Vollkosten noch die variablen Kosten werden gedeckt bei Strommarktpreisen von 3 Rp/kWh. Wert negativ, Betrieb defizitär, ergo bei Abschalten kein Schaden, kein Schadenersatz.

Wir müssten von den Betreibern Geld bekommen, wenn wir ihre AKW abschalten.

Peter Stutz

Atomausstieg ist «überfällig und machbar»

Solothurner Allianz «Atomausstieg» tritt vor die Medien.

Mutwillig wurden im eidgenössischen Parlament der Energiestrategie 2050 «Eckzähne» massiv abgeschliffen, wenn nicht gar einzelne gezogen. Trotzdem kann sich die SVP in ihrer «Opposition-um-jeden-Preis-Strategie» nicht verkneifen, das Referendum zu ergreifen. Die erneute Nebelpetarde der «Herrliberg-Hörigen» greift zu kurz: Am 27. November 2016 kann das Volk über entscheidende Korrekturen befinden, damit ein geordneter Ausstieg aus der Atomenergie in greifbare Nähe rückt. Eine «breit abgestützte Solothurner Allianz» präsentierte ihre Argumente für die Annahme der Volksinitiative.

Eine Allianz aus Umweltverbänden, fortschrittlichen Parteien und innovativen Unternehmen bekennt an der Medienkonferenz in Solothurn Klartext: Ein Ausstieg aus der Atomenergie ist überfällig, machbar und fördert Arbeitsplätze in der «Wirtschaft mit Zukunft».



Der Solothurner Allianz «Atomausstieg» gehören bereits folgende Organisationen an: ÄRZTINNEN FÜR DEN UMWELTSCHUTZ, EVP, Gewerkschaftsbund Kanton SO (GbS), glp, Grüne, JEPV, junge grüne, JUSO, megasol, Neue Energie Solothurn – aeesuisse, NWA SO, pro natura, VCS, WWF, 2000-WATT-REGION-SOLOTHURN.CH.

Am 27. November 2016 besteht endlich die Chance, beispielsweise den Vereinszweck der NWA SO gemäss Statuten Realität werden zu lassen: «Art.2 (...) bezweckt im Interesse der Gesundheit und der Wohlfahrt unserer Bevölkerung, den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken zu verhindern und ergreift alle zweckdienlich erscheinenden Massnahmen und Mittel auf informativer, politischer und rechtlicher Ebene. Der Verein setzt sich für erneuerbare Energien und Energieeffizienz ein.»

Allianz in Action

Mit Plakaten, «ja. Tabletten», Flyerversänden, Infostand-Aktionen, Verteilaktionen, Personenkomitee, Inseraten, Testimonials und Leserbriefen will die Allianz mit Argumenten den JA-Anteil von bereits 57 % gemäss der SRG/GfS-Umfrage deutlich erhöhen.

Wenn's das Parlament nicht richten will, muss das Volk den Rahmen setzen. Den Schlusspunkt braucht es und dauert bis am Sonntag, 27. November 2016, 11:55 Uhr. Jede Stimme zählt. Bereits mit deinen Bekannten, FreundInnen, ArbeitskollegInnen und Verwandten gesprochen? Nur mit persönlichem Einsatz kann der greifbare Erfolg geerntet werden – aus Liebe zu Mensch, Tier und Umwelt, heute und morgen!

Philipp Hadorn, Co-Präsident Solothurner Allianz «Atomausstieg» & SP Nationalrat



Medienkonferenz der Solothurner Allianz «Atomausstieg» im Rest. Akropolis in Solothurn
Fotos Caroline Hodel

NWA-Mitglied werden

Werde NWA-Mitglied und unterstütze aktiv unser über 45-jähriges Engagement für den Atomausstieg und die Energiewende.

Jahresbeitrag 50.- / reduziert 35.- / 55plus 80.-

Anmeldung direkt über www.niewiederakw.ch oder **mit diesem Talon** per Post an:

Verein NWA Nie wieder AKW, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Je nach Wohnort wirst du Mitglied in der entsprechenden Regionalgruppe.

Name Vorname.....

Adresse.....

PLZ Ortschaft.....

E-mail / TelNr.....

Lieben Dank! Du erhältst von uns die Unterlagen für die Mitgliedschaft.



**am 27. November
zum geordneten
Atomausstieg**

geordneter-atomausstieg-ja.ch

www.niewiederakw.ch

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf
NWA-Schweiz Postkonto Nr. 40-8355-3
IBAN CH42 0900 0000 4000 8355 3
BIC POFICHBEXXX

Herausgeber + Impressum
«Nie wieder AKW» NWA-Schweiz
Murbacherstrasse 34, 4056 Basel
www.niewiederakw.ch
sekretariat@nwa-schweiz.ch
Tel. 061 322 49 20 Fax 061 322 06 29
Redaktion Peter Stutz
Layout Aernschd Born
Druck Ropress Zürich
Papier FSCR FSC recycling
Erscheint 4 x jährlich